

**Wilbrandt, Robert**, geb. 29.8.1875 in Wien,  
gest. 4.2.1954 in Prien am Chiemsee

Wilbrandt, in Wien als Sohn eines Burgschauspielerhepaares aufgewachsen, war durch den Umgang mit Schauspielern und Künstler im Hause seiner Eltern geprägt und fühlte sich zeitlebens tief verbunden mit der Welt der Literatur und der Kunst. Er studierte zunächst bei Wilhelm Windelband in Straßburg Philosophie und wurde 1899 bei Wilhelm Dilthey in Berlin zum Dr.phil. promoviert. Erst nach Abschluß seiner philosophischen Studien und einer Preisarbeit über Kant wandte er sich der Volkswirtschaftslehre zu. Dem Studium bei Gustav Schmoller und Adolf Wagner, deren sozialpolitisches Anliegen ihn anzog, folgte 1904 an der Universität Berlin die nationalökonomische Habilitation, zu der er, wie er selbst in seinen Lebenserinnerungen schreibt, mehr zufällig gekommen war. 1908 erhielt Wilbrandt einen Ruf nach Tübingen. An der Universität Tübingen, die in der Zwischenkriegszeit noch stark unter dem Einfluß der Historischen Schule stand, entwickelte Wilbrandt eine erfolgreiche, gut zwei Jahrzehnte umfassende Lehrtätigkeit. 1918 wurde er vom Rat der Volksbeauftragten in die Sozialisierungskommission berufen, als deren Mitglied er für die Sozialisierung des Kohlebergbaus und für die Enteignung ungenutzter Landgüter zur Ansiedlung von Kriegsheimkehrern eintrat. Enttäuscht von der geringen politischen Durchsetzungskraft, lehnte er eine Mitarbeit in der zweiten Sozialisierungskommission ab.

In Tübingen wurde Wilbrandt 1925 in eine heftige politische Auseinandersetzung verwickelt, die anläßlich einer Rede → Emil Julius Gumbels entbrannt war. Gumbel, der über die deutsch-französische Verständigung reden wollte, war von den Gewerkschaften eingeladen worden, nachdem das Rektorat der Sozialistischen Akademikergruppe untersagt hatte, als Veranstalter aufzutreten. Die nationalistischen Studentenverbände versuchten mit stillschweigender Billigung des Rektorates, den Vortrag des Pazifisten zu verhindern und sorgten für tumultartige Szenen. Wilbrandt, der an dem Vortrag Gumbels lediglich als Zuhörer teilgenommen hatte, wurde dafür in der Öffentlichkeit und innerhalb der Universität scharf kritisiert. Von einem Disziplinarverfahren wurde zwar abgesehen, jedoch wurde er gesellschaftlich isoliert. Als 1929 ein Ruf von der TH Dresden an ihn erging, entschloß er sich, Tübingen zu verlassen. 1933, nach dem Inkrafttreten des sog. 'Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' wurde Wilbrandt, der keiner Partei angehörte und sich auch nicht parteipolitisch betätigt hatte, entlassen – eine späte Folge der Tübinger Gumbelaffäre. Von den nationalsozialistischen Machthabern unbehelligt, ließ er sich als freier Schriftsteller in Marquartstein, Oberbayern, nieder. Die Nationalökonomie stellte für Wilbrandt stets eine praktische, angewandte Wissenschaft dar. Der Historischen Schule, der Wilbrandt ursprünglich nahestand, warf er vor, sich auf das bloße Sammeln von Fakten zu beschränken und dabei keine wirtschaftspolitischen Einflußmöglichkeiten aufzuzeigen. Sie jedoch gleichzeitig gegen das Postulat einer wertfreien Wissenschaft richtend, formulierte Wilbrandt, die Hauptaufgabe der Nationalökonomie bestehe darin, „daß das, was jeweils die Lage bessern könnte, objektiv herausgestellt wird“ (1924, S. 13). So war die Sozialpolitik für Wilbrandt, der die Aufgabe des Nationalökonomens gerne mit der eines Arztes der Gesellschaft verglich, ein bevorzugtes Forschungsgebiet. Wenngleich Wilbrandt sich selbst im Gegensatz zu den „Kathedersozialisten“ als „richtiger Sozialist“ verstanden wissen wollte, (1947, S. 335) stand am Beginn seiner wissenschaftlich-publizistischen Tätigkeit nicht die 'Arbeiterfrage', sondern die Auseinandersetzung mit der 'Frauenfrage'. Über die Mitarbeit am *Handbuch der Frauenbewegung* war er besonders auf die Situation der Fabrikarbeiterinnen aufmerksam geworden. Wilbrandt identifizierte die Frauenfrage in erster Li-

nie als ein Phänomen des Kapitalismus, welcher einerseits die Frauen aus ihrer angestammten Rolle in der handwerklichen oder agrarischen Hauswirtschaft entfremdet, andererseits infolge der zunehmenden Proletarisierung breiter Schichten die Notwendigkeit für Frauenerwerbstätigkeit erst geschaffen habe. Im Unterschied zu den meisten bürgerlichen Sozialreformer erschien Wilbrandt die Reduktion der weiblichen Geschlechterrolle auf die Mutterschaft kein Ideal. Für ihn galt es, die Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Mutterschaft durch soziale Absicherung, Halbtagsschichten „und eine viel stärkere Heranziehung des Vaters – des verheirateten und des ledigen“ zu fördern (1906, S. 45). Eine Verbesserung der Situation der Arbeiterinnen hielt Wilbrandt innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems nur bedingt für möglich.

Wilbrandts wirtschaftspolitischer Imperativ begnügte sich daher nicht mit der Forderung nach umfassender Sozialpolitik: Eingriffe in die Produktions- und Eigentumsverhältnisse erschienen ihm unverzichtbar, in einer ungesteuerten Volkswirtschaft erblickte er Kraftverschwendung und Unwirtschaftlichkeit (1919, S. 66). Er forderte eine zumindest teilweise zentralisierte Planung der Produktion sowie die Sozialisierung – nicht jedoch Verstaatlichung – von Bergbau, Teilen der Industrie und der Landwirtschaft. Sozialisierung bedeute für ihn, „die Überführung (...) in Gemeineigentum, in Gemeinwirtschaft, in die Welt der Solidarität, des gemeinsamen Vorteils.“ (1919, S. 310). Unter Sozialismus verstand Wilbrandt stets den Aufbau einer Gemeinwirtschaft, in der „im Gegensatz zur heutigen Welt eines freien, nur irgendwie staatlich geregelten Geschäftsverkehrs oder durch Geld vermittelten Tausches zwischen den auf sich gestellten einzelnen (...) stattdessen eine Vielheit gemeinsam verfügt, also demokratisch über das Gemeinsame entscheidet, zur gemeinsamen Verfügung berechtigt ist durch Gemeineigentum“ (1921, S. VII).

Dabei stellte die Selbsthilfe der Arbeiter in Genossenschaften und Konsumvereinen für ihn einen ersten und wichtigen Schritt dar. In den Konsumgenossenschaften erblickte er den von ihm angestrebten „Sozialismus ohne Klassenkampf“ (1919, S. 122). Diese genossenschaftliche Vereinigung der Konsumenten, von ihm als „Sozialismus der Konsumenten“ bezeichnet, müßten – ebenfalls auf genossenschaftlicher Basis – durch einen „Sozialismus der Produzenten“ ergänzt werden (1919, S.

185). Dabei grenzte sich Wilbrandt, der ein guter Kenner der sozialistischen Literatur war, deutlich vom Marxismus ab. Er achtete Marx als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, ohne den alle Sozialpolitik „(o)hnmächtig im gutgemeinten Bemühen der elenden Masse zu helfen, vergeblich appellierend an die nur selten mit Macht verbundene Einsicht und Gesinnung“ idealistisch verharren müßte (1919, S. 86). Er lehnte jedoch eine revolutionäre und klassenkämpferische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab: „Der Klassenkampf ist zu für den Sozialismus!“ (1919, S. 77). Nicht die Probleme einer Klasse gelte es zu lösen, sondern die Gesamtheit der Gesellschaft zu reformieren. Dem Proletariat als Klasse fehle die Kraft zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Für sein gesellschaftliches Ideal, die Freie 'Gemeinwirtschaft', trat Wilbrandt in zahlreichen Publikationen und Vorträgen ein. Als ein Vorkämpfer der Verbrauchergenossenschaften, insbesondere der Konsumgenossenschaften hatte Wilbrandt über seine akademische Tätigkeit hinaus eine herausragende Bedeutung erlangt.

#### *Schriften in Auswahl:*

- (1906) Die Frauenarbeit. Ein Problem des Kapitalismus, Leipzig.
- (1918) Karl Marx, Leipzig u.a.
- (1919) Sozialismus, Jena (2. veränd. Aufl. 1921).
- (1920) Oekonomie. Ideen zu einer Philosophie und Soziologie der Wirtschaft, Tübingen.
- (1924) Das Zentralproblem der Nationalökonomie als praktischer Wissenschaft, in: Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Franz Oppenheimer zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt a.M., S. 9ff.
- (1947) Ihr glücklichen Augen, Stuttgart.

*Quellen:* SPSL 240/6; L; WA; ISL 1980; Universitätsarchiv Tübingen; Berlin Document Center.

*Klaus-Rainer Brintzinger*